



[Latest from GPF](#) | [Global Policy Watch](#) | [What's new](#)

Latest from GPF

Globale Partnerschaften

Wundermittel zur Umsetzung der 2030-Agenda?

Workshop am 7. Februar 2017, 10:30 – 17:30 Uhr

Haus der evangelischen Kirche, Adenauer-Allee 37, 53113 Bonn

Die 2030-Agenda und ihre Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) messen sogenannten Partnerschaften zwischen öffentlichen und privaten Akteuren eine wichtige Rolle bei. Bereits seit der Jahrtausendwende gab es einen regelrechten Partnerschaftsboom. Diverse globale Partnerschaften und Multi-Akteurs-Initiativen, u.a. in den Bereichen Gesundheit, Ernährung und Energie, wurden seitdem ins Leben gerufen. Dem Boom liegt die Annahme zugrunde, Regierungen seien allein weder strukturell noch finanziell in der Lage, die globalen Probleme zu bewältigen. Kooperationen, die Wirtschaft und Zivilgesellschaft einschließen, gelten dagegen als pragmatisch, lösungsorientiert und effektiv. Für die Umsetzung der SDGs gelten sie bei Vielen als unentbehrlich.

Zivilgesellschaftliche Organisationen und manche Regierungen sehen in diesem Trend aber auch eine Reihe von Risiken und ungeklärten Fragen:

- Untergraben Partnerschaften die Bedeutung zwischenstaatlicher

Organisationen und Entscheidungsprozesse unter dem Dach der Vereinten Nationen?

- Werden durch globale Partnerschaften tatsächlich die benötigten neuen und zusätzlichen Mittel zur Umsetzung der SDGs mobilisiert?
- Wie kann verhindert werden, dass privatwirtschaftliche Akteure durch Partnerschaftsinitiativen illegitimen Einfluss auf politische Entscheidungen erhalten?
- Wie lassen sich Interessenkonflikte vermeiden?
- Werden die Wirkungen von Partnerschaften unabhängig überprüft, sind die Partnerschaften gegenüber öffentlichen Gremien rechenschaftspflichtig und welche Instrumente der Kontrolle existieren?

In unserem Workshop wollen wir gemeinsam mit Akteuren aus Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft diese Fragen mit Blick auf verschiedene globale Partnerschaften in den Bereichen Gesundheit, Ernährung und Energie diskutieren. Gemeinsam wollen wir überlegen, wie Politik und Zivilgesellschaft zukünftig mit solchen globalen Partnerschaften umgehen sollen. Wo bestehen Grenzen bzw. Risiken des Partnerschaftsansatzes? Welche Alternativen gibt es? Welche Regeln und Standards wären notwendig, um Rechenschaftspflicht und Transparenz zu stärken und Interessenkonflikte zu vermeiden?

Wir laden Sie ein, diese Fragen mit uns in Bonn zu diskutieren. Das Programm der Veranstaltung finden Sie im Anhang. Um Anmeldung bis zum 1. Februar 2017 bitten wir unter https://rsvp.globalpolicy.org/workshop_globale_partnerschaften/. Für Fragen und Rückmeldungen erreichen Sie uns unter europe@globalpolicy.org.

[Einladung und Programm \(pdf, 150 KB\)](#).

Neue Publikation

Gestiftete Entwicklung?

Die Kooperation zwischen der deutschen Entwicklungspolitik und privaten Stiftungen

Weltweit boomt die Gründung von privaten Stiftungen. Angesichts stagnierender öffentlicher Mittel setzen Entwicklungspolitiker ihre Hoffnung auf die Philanthropie. In der Aktionsagenda von Addis Abeba erklärten sie im Juli 2015: „Wir begrüßen die rasche Zunahme des philanthropischen Spendens und den erheblichen finanziellen und nichtfinanziellen Beitrag von Philanthropen zur Erreichung unserer gemeinsamen Ziele. (...) Wir ermutigen andere, denen, die bereits einen Beitrag leisten, zu folgen.“



Auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) arbeitet seit einigen Jahren verstärkt mit privaten Stiftungen zusammen. Durch die Kooperation mit der Gates-Stiftung hat diese Form der Entwicklungszusammenarbeit eine neue Dimension

erreicht – sowohl in quantitativer, als auch in qualitativer Hinsicht. Um die Zusammenarbeit weiter zu stärken, wollen BMZ und Gates-Stiftung Anfang 2017 ein neues Memorandum of Understanding unterzeichnen.

Bisher herrschte häufig ein unerschütterliches Vertrauen in die positive Rolle philanthropischer Stiftungen. In Deutschland steht die Auseinandersetzung über die entwicklungspolitischen Risiken und Nebenwirkungen der Zusammenarbeit mit philanthropischen Stiftungen, und dabei insbesondere mit der Gates-Stiftung, noch am Anfang. Kriterien und Standards für solche Kooperationen existieren auf Seite der Bundesregierung bisher nicht. Sie sind überfällig.

Dieses Arbeitspapier gibt einen Überblick über die bestehenden Kooperationen der Bundesregierung mit privaten Stiftungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Aufgrund ihrer Bedeutung konzentriert sich das Arbeitspapier dabei auf die Kooperation mit der Gates-Stiftung und beschreibt die Formen, Themenbereiche und den finanziellen Umfang der derzeitigen Kooperation. Es diskutiert die politischen Risiken und Nebenwirkungen solcher Kooperationen und zeigt mögliche Kriterien und Standards für die Zusammenarbeit der Bundesregierung mit Stiftungen auf.

Das komplette Arbeitspapier [zum Download \(PDF, 880 KB\)](#)

Gestiftete Entwicklung?

Die Kooperation zwischen der deutschen Entwicklungspolitik und privaten Stiftungen

Herausgeber: Brot für die Welt, Global Policy Forum, MISEREOR
Autor/innen: Jens Martens und Karolin Seitz
Aachen/Berlin/Bonn/New York, Januar 2017

[Zum Download des Arbeitspapiers.](#)

Neues Briefing

“Morality cannot be legislated, but behaviour can be regulated”

Bericht über die zweite Tagung der UN-Arbeitsgruppe zur Erstellung eines verbindlichen Rechtsinstruments zu Wirtschaft und Menschenrechten, 24.-28. Oktober 2016, Genf

Am 26. Juni 2014 setzte der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UN) auf Initiative Ecuadors und Südafrikas eine Arbeitsgruppe ein, um ein rechtsverbindliches Instrument zu formulieren, mit dem transnationale Konzerne (TNCs) und andere Wirtschaftsunternehmen für Menschenrechtsverstöße zur Verantwortung gezogen werden können. Vom 6.-10. Juli 2015 tagte die Arbeitsgruppe zum ersten Mal. Die zweite Tagung fand vom 24.-28. Oktober 2016



statt.

Die Diskussionen dieser zweiten Tagung drehten sich nicht mehr um die grundsätzliche Frage, ob ein verbindliches Rechtsinstrument bzw. ein Treaty überhaupt notwendig sei, sondern sie beschäftigten sich vielmehr mit möglichen Elementen eines Treaty.

Themen der zweiten Tagung der UN-Arbeitsgruppe waren unter anderem:

- Die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen der Aktivitäten transnationaler Konzerne und anderer Unternehmen und die damit einhergehenden rechtlichen Herausforderungen;
- die primären Staatenpflichten, mit besonderem Blick auf rechtswissenschaftliche und praktische Herangehensweisen bzgl. extraterritorialer Pflichten und nationaler Souveränität;
- Pflichten und Verantwortlichkeiten von Unternehmen, insbesondere Beispiele existierender direkter Verpflichtungen im internationalen Recht;
- Ansätze zur Klärung strafrechtlicher, verwaltungsrechtlicher und zivilrechtlicher Haftung von Unternehmen;
- der Geltungsbereich des zukünftigen Instruments (für TNCs, andere Unternehmen, lokale und staatliche Unternehmen);
- Verstärkung der Zusammenarbeit zur Prävention, Abhilfe, Rechenschaft und Zugang zu Recht auf nationaler und internationaler Ebene;
- die weitere Umsetzung der UN-Leitlinien zu Wirtschaft und Menschenrechte (UNGPs);
- die Komplementarität von Treaty mit den UNGPs;
- die Frage, wie ein Treaty den Zugang zu Recht für Betroffene von Menschenrechtsverstößen verbessern könnte.

Die ecuadorianische Botschafterin und Vorsitzende der Arbeitsgruppe schloss die Tagung mit Worten von Martin Luther King Jr.: „Morality cannot be legislated, but behaviour can be regulated. Judicial decrees may not change the heart, but they can restrain the heartless.“

Das komplette Briefing [zum Download \(PDF, 500 KB\)](#)

“Morality cannot be legislated, but behaviour can be regulated”

Bericht über die zweite Tagung der UN-Arbeitsgruppe zur Erstellung eines verbindlichen Rechtsinstruments zu Wirtschaft und Menschenrechten, 24.-28. Oktober 2016, Genf

Herausgeber: Brot für die Welt, Global Policy Forum, MISEREOR
Autor/innen: Jens Martens und Karolin Seitz
Aachen/Berlin/Bonn/New York, Dezember 2016

[Zum Download des Arbeitspapiers.](#)

Global Policy Watch

Turning the Tide on Sustainable Development – the High-Level UN Conference to Support the Implementation of SDG 14

By Sarah Dayringer

President of the General Assembly (PGA) Peter Thomson, announced the 2017 High-Level United Nations Conference to Support the Implementation of SDG 14 at the 22nd Conference of Parties (COP22) for the United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC), saying “we must ensure we have a global plan for the successful implementation of SDG 14”.

World’s largest business association gets direct voice in UN decision making

By Svenja Brunkhorst and Jens Martens

In an unprecedented and historic move, the Sixth Committee of the UN General Assembly recently granted observer status to the International Chamber of Commerce (ICC). The resolution was submitted by France, Albania, Colombia, the Netherlands and Tunisia and was adopted during the seventy-first session of the General Assembly. The resolution sets out the ICC’s position as observer in the General Assembly from 1 January 2017 on.

Measuring sustainable development – status update on the global indicators for the Sustainable Development Goals

By Sarah Dayringer

The Inter-agency and Expert Group on Sustainable Development Goal Indicators (IAEG-SDGs) was established by the UN Statistical Commission in 2015 to develop an indicator framework for the monitoring of the goals and targets of the 2030 Agenda for Sustainable Development at the global level, and to support implementation of the Sustainable Development Goals (SDGs). The 27 Group members met for their 4th meeting in November 2016.

The Inter-Agency Task Force on Financing for Development – Outlook for 2017

By Sarah Dayringer

Since the of the Third International Conference on Financing for Development held in Addis Ababa, Ethiopia, the UN has continued to address global issues such as external debt sustainability and development, promotion of international cooperation to curb and recover illicit financial flows, raising domestic and foreign public and private investment, reaching commitments to official development

assistance, critical analysis on proliferation of public-private partnerships for development, domestic resource mobilisation and tax justice, and sectoral financing (education, health, agriculture, etc...).

Check our new [Global Policy Watch Notice Board](#) for updates on current affairs around the United Nations in New York.

For more, see globalpolicywatch.org | Follow Global Policy Watch on [Twitter](#)

What's new

Bundesregierung verabschiedet schwachen Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte



Die Bundesregierung hat am 21. Dezember den Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) verabschiedet. VENRO, das Forum Menschenrechte und das CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung kritisieren die fehlende Verbindlichkeit:

Unternehmensverantwortung bleibt für deutsche Unternehmen weiterhin eine freiwillige Angelegenheit. Das Deutsche Institut für Menschenrechte spricht von einer „zögerlichen Umsetzung“. Der politische Wille hätte nicht weiter gereicht. Deutschland setze die UN-Leitprinzipien um, allerdings nur mit kleinen Schritten. Zwei Stellungnahmen zum NAP

Illicit Financial Flows Undermining Gender Justice



This paper explores some of the links between tax- and gender justice at the global level by highlighting two central ways in which illicit financial flows and gender injustice are connected. First, through the effects of tax evasion and avoidance and secondly, through the role of financial secrecy jurisdictions and global networks of facilitators which enable illicit financial flows which result from trafficking in women. The paper argues that confronting and dismantling the global enablers and secrecy jurisdictions will be beneficial not only for

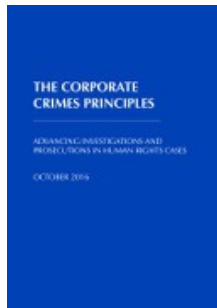
transparency and global equality but also for achieving greater gender equality and the respect, protection and fulfilment of the human rights of women and girls. The analysis ends with a list of policy recommendations for the global as well as the national level and thus provides guidance for combating tax evasion, avoidance and dodging, as well as money laundering derived from criminal activities.

World's largest business association gets direct voice in UN decision making



In an unprecedented and historic move, the Sixth Committee of the UN General Assembly recently granted observer status to the International Chamber of Commerce (ICC). The resolution was submitted by France, Albania, Colombia, the Netherlands and Tunisia and was adopted during the seventy-first session of the General Assembly. The resolution sets out the ICC's position as observer in the General Assembly from 1 January 2017 on.

The Corporate Crime Principles




The Corporate Crimes Principles were developed by a group of eminent legal experts, with the support of ICAR and Amnesty International, to encourage State actors to combat corporate crimes more effectively. They were developed following extensive global consultations with investigators, prosecutors, lawyers and civil society actors. The Principles provide practical guidance on issues such as: case selection, evidence collection, identifying tools, resources and strategies for effectively pursuing such cases, cross-border collaboration, and victims' access to justice and witness protection.

Global Policy Forum
866 UN Plaza | Suite 4050
New York, NY 10017
USA

E-Mail: gpf@globalpolicy.org

Global Policy Forum Europe
Königstr. 37a
D-53115 Bonn
Germany

E-Mail: europe@globalpolicy.org

Follow us  

Got this as a forward? [Sign up](#) to receive our future emails.